

No. 27836

**AUSTRIA
and
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Agreement concerning relations in the field of films (with
annex and exchanges of notes). Signed at Vienna on
16 May 1990**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 2 January 1991.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Accord sur les relations cinématographiques (avec annexe et
échanges de notes). Signé à Vienne le 16 mai 1990**

Texte authentique : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 2 janvier 1991.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE BEZIEHUNGEN AUF DEM GEBIET DES FILMS

Die Regierung der Republik Österreich
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland —

in dem Bestreben, die Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet des Films weiterzuentwickeln,

in dem Bestreben, das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Regelung der gegenseitigen filmwirtschaftlichen Beziehungen vom 27. September 1966 den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen,

in dem Wunsch, die Gemeinschaftsproduktion von Filmen, die dem Filmschaffen beider Länder förderlich sein können, zu vertiefen und zu begünstigen,

in dem Wunsch, auch den Absatz von Filmen aus der Gemeinschaftsproduktion und von nationalen Produktionen des Partnerlands zu fördern —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden Filme, die von Produzenten beider Vertragsparteien in Gemeinschaftsproduktion hergestellt werden, im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts nach den Bestimmungen dieses Abkommens behandeln.

Artikel 2

(1) Filme, die im Rahmen dieses Abkommens in Gemeinschaftsproduktion hergestellt worden sind, werden als inländische Filme angesehen.

(2) Beihilfen, Förderungsmittel und sonstige finanzielle Vorteile, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewährt werden, erhält der Hersteller nach dem Recht dieser Vertragspartei.

(3) Gemeinschaftsproduktionen, auf die dieses Abkommen Anwendung finden soll, bedürfen vor Drehbeginn der Anerkennung durch die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien, die vor Erteilung dieser Anerkennung das Einvernehmen herstellen. Die zuständige Behörde in Österreich ist

das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesamt für Wirtschaft.

(4) Die Anerkennung gilt vorbehaltlich der entsprechenden Realisierung des Gemeinschaftsproduktionsvorhabens.

Artikel 3

Die für eine Gemeinschaftsproduktion vorgesehenen Vergünstigungen werden Produzenten gewährt, die über eine gute technische und finanzielle Organisation sowie über ausreichende Berufsqualifikation verfügen.

Artikel 4

Der Antrag auf Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion ist unter Berücksichtigung der in der Anlage zu diesem Abkommen enthaltenen Durchführungsbestimmungen bei den jeweils zuständigen Behörden zu stellen. Die Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander jeweils über die Erteilung, Versagung, Änderung oder Rücknahme der Anerkennung von Gemeinschaftsproduktionen sowie erforderlichenfalls über für Gemeinschaftsproduktionen wichtige Entwicklungen.

Artikel 6

(1) Die Beteiligung der Gemeinschaftsproduzenten setzt sich aus finanziellen, künstlerischen und technischen Beiträgen zusammen.

Der künstlerische und technische Beitrag jedes Gemeinschaftsproduzenten soll grundsätzlich seinem finanziellen Beitrag entsprechen.

(2) Die Mindestbeteiligung des Minderheitsproduzenten an den Herstellungskosten des Films beträgt in der Regel 30 vom Hundert.

(3) Sind die Produktionskosten überdurchschnittlich hoch oder ist der Film von besonderer Bedeutung für beide Vertragsparteien, so kann in gegenseitigem Einvernehmen eine finanzielle Mindestbeteiligung von 20 vom Hundert zugelassen werden. Als österreichische Mindestbeteiligung kann in besonderen Ausnahmefällen in gegenseitigem Einvernehmen eine finanzielle Beteiligung von mindestens 10 vom Hundert zugelassen werden, sofern ein Ausgleich bei dem künstlerischen oder technischen Beitrag vorgesehen ist.

(4) Nach Maßgabe der technischen Voraussetzungen werden Kopierwerksarbeiten und die Tonverarbeitung (Mischung, Synchronisation, usw.) im Geltungsbereich dieses Abkommens ausgeführt. Bei Außenaufnahmen in Drittländern kann vereinbart werden, daß die entsprechenden Teile des Negativs in diesen Ländern entwickelt und davon Muster gezogen werden. Ein Ausgleich in der Benutzung der technischen Mittel der Vertragsparteien ist anzustreben.

(5) Sofern die Voraussetzungen gegeben sind, werden Atelieraufnahmen in Ateliers durchgeführt, die in der Republik Österreich oder in der Bundesrepublik Deutschland liegen.

(6) Jeder Gemeinschaftsproduzent wird Miteigentümer des Originalnegativs (Bild und Ton). Außerdem hat jeder Gemeinschaftsproduzent Anspruch auf Kopierausgangsmaterialien wie Internegativ, Tonnegativ und dergleichen in deutscher Sprache. Das Herstellen von Kopierausgangsmaterial in anderen Sprachen als der deutschen Sprache bedarf des Einvernehmens beider Gemeinschaftsproduzenten. Von der Endfassung des Films wird eine Original- oder Synchronfassung in deutscher Sprache hergestellt. Diese Fassung kann Dialogstellen in einer anderen Sprache enthalten, soweit dies nach dem Drehbuch erforderlich ist.

(7) Die Einnahmen aus allen Verwertungsarten werden entsprechend der finanziellen Beteiligung eines jeden Gemeinschaftsproduzenten aufgeteilt. Im Falle der Abgrenzung von Auswertungsgebieten und -bereichen sind die Marktgröße und der Wert zu berücksichtigen.

(8) Die Gemeinschaftsproduzenten regeln einvernehmlich den Weltvertrieb.

(9) Ein in Gemeinschaftsproduktion hergestellter Film ist auf Filmfestspielen in der Regel als Beitrag des Mehrheitsproduzenten oder desjenigen Produzenten vorzuführen, der den Regisseur stellt. Der Gemeinschaftsproduktionsvertrag kann jedoch bestimmen, daß der Film auch als Beitrag beider Hersteller aufgeführt werden kann.

Artikel 7

(1) Die an der Herstellung des Films Beteiligten müssen, was die Republik Österreich betrifft, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sein und die Berechtigung zur Arbeitsaufnahme in der Republik Österreich besitzen. Was die Bundesrepublik Deutschland betrifft, müssen sie Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sein oder dem deutschen Kulturbereich angehören und ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Können Personen nach diesen Bestimmungen beiden Vertragsparteien zugerechnet werden, so haben sich die Gemeinschaftsproduzenten über die Zuordnung zu einigen. Kommt es zu keiner Einigung, so werden diese Personen der Vertragspartei des Gemeinschaftsproduzenten zugeordnet, der sie vertraglich verpflichtet.

(2) Die künstlerische oder technische Beteiligung des deutschen Minderheitsproduzenten besteht wenigstens in einem Drehbuchautor oder Dialogbearbeiter, einem Regieassistenten oder einer anderen wesentlichen künstlerischen oder technischen Stabkraft sowie in einem Darsteller in einer Hauptrolle und einer wichtigen Rolle oder zwei Darstellern in wichtigen Rollen und einem Darsteller in einer Nebenrolle. Stellt der deutsche Minderheitsproduzent den Regisseur, so reicht im übrigen ein Darsteller in einer wichtigen Rolle aus.

(3) Die künstlerische oder technische Beteiligung des österreichischen Minderheitsproduzenten ist dann gegeben, wenn der Anteil der künstlerisch oder organisatorisch entscheidungsberechtigten Personen der finanziellen Beteiligung entspricht.

(4) Die Mitwirkung von Darstellern und Autoren, die nicht die Voraussetzung des Absatzes 1 erfüllen, kann ausnahmsweise und unter Berücksichtigung der Anforderungen des Films im Einvernehmen der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien zugelassen werden.

Artikel 8

Titelvor- bzw. -nachspann und Werbematerial der Gemeinschaftsproduktion müssen den Hinweis enthalten, daß es sich um eine Gemeinschaftsproduktion von Produzenten beider Vertragsparteien handelt.

Artikel 9

(1) Die zuständigen Behörden erkennen im Rahmen dieses Abkommens Filme als Gemeinschaftsproduktionen an, die von Produzenten der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und von Drittstaaten hergestellt worden sind.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 und des Artikels 7 gelten für Gemeinschaftsproduktionen im Sinne von Absatz 1; jedoch ist eine Beteiligung des Minderheitsproduzenten in Höhe von 20 vom Hundert ausreichend. Die übrigen Bestimmungen des Artikels 6 gelten entsprechend.

Artikel 10

Jede Vertragspartei erleichtert im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts für anerkannte Gemeinschaftsproduktionen insbesondere

- a) die Einreise, den zeitweiligen Aufenthalt sowie die Erlangung der Beschäftigungsbewilligung des technischen, künstlerischen und kaufmännischen Personals der Gemeinschaftsproduzenten,
- b) die Ein- und Ausfuhr von technischem und anderem Drehmaterial.

Artikel 11

Beide Vertragsparteien bekräftigen ihren Willen, die Verbreitung und Auswertung der Filme der jeweils anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Artikel 12

(1) Beide Vertragsparteien messen der Förderung des Absatzes von Filmen aus der Gemeinschaftsproduktion und auch von nationalen Filmen der jeweiligen anderen Vertragspartei besondere Bedeutung bei.

(2) Beide Vertragsparteien sind sich darin einig, daß — unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit — auch Filme, die keine Gemeinschaftsproduktionen sind, die aber als nationale Filme in dem anderen Staat hergestellt worden sind, jeweils eine Verleihförderung im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erhalten können.

(3) Die Vergaberichtlinien werden von jeder Vertragspartei bestimmt. Es findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den zuständigen Stellen beider Vertragsparteien statt.

Artikel 13

(1) Zur Überprüfung der Anwendung dieses Abkommens wird eine Gemischte Kommission

gebildet, die sich aus Vertretern der Regierungen und der betroffenen Fachkreise der beiden Vertragsparteien zusammensetzt. Diese Kommission kann auch Änderungen des Abkommens vorschlagen sowie Vorschläge erörtern, die die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films fördern.

(2) Während der Laufzeit dieses Abkommens tritt die Kommission in der Regel alle drei Jahre zusammen, und zwar abwechselnd in der Republik Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland; sie kann ferner auf Antrag einer der Vertragsparteien einberufen werden, insbesondere bei wichtigen Änderungen der für den Film geltenden Regelungen. In diesem Fall tritt die Kommission innerhalb einer Frist von einem Monat zusammen.

Artikel 14

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird auf unbefristete Zeit geschlossen. Es tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Monat in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Es kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden.

(2) Dieses Abkommen findet auch Anwendung auf Verträge über Gemeinschaftsproduktionen, die nach dem 1. Mai 1990 abgeschlossen wurden.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert das am 27. September 1966 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Regelung der gegenseitigen filmwirtschaftlichen Beziehungen seine Gültigkeit.

Geschehen zu Wien, am 16. Mai 1990 in zwei Urschriften.

Für die Regierung
der Republik Österreich:
Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:
DIETRICH GRAF VON BRÜHL

Anlage
zu Artikel 4

Durchführungsbestimmungen

Die Produzenten beider Vertragsparteien müssen, um in den Genuß der Bestimmungen des Abkommens zu gelangen, spätestens dreißig Tage vor Beginn der Dreharbeiten den Antrag auf Anerkennung der Gemeinschaftsproduktion (Artikel 2 und 4 des Abkommens) an ihre jeweilige Behörde richten.

Den Anträgen sind insbesondere folgende, inhaltlich jeweils übereinstimmende Unterlagen beizufügen.

1. der Gemeinschaftsproduktionsvertrag;
2. ein detailliertes Drehbuch oder ein anderes Manuskript, das über den geplanten Stoff und seine Gestaltung ausreichend Aufschluß gibt;
3. die Stabs- und Besetzungslisten mit Kennzeichnung der Tätigkeiten, Rollen sowie der Staatsangehörigkeit der Mitwirkenden;
4. ein Nachweis über den Erwerb oder den möglichen Erwerb jener Rechte, die für die Verfilmung und Verwertung des gegenständlichen Projektes notwendig sind;
5. die Regelung über die jeweilige Beteiligung der beiden Hersteller an etwaigen Mehrkosten. Die Beteiligung entspricht grundsätzlich dem jeweiligen finanziellen Beitrag, jedoch kann die Beteiligung des Minderheitsproduzenten auf einen geringeren Prozentsatz oder einen bestimmten Betrag beschränkt werden;
6. eine Kalkulation der voraussichtlichen Gesamtkosten der Herstellung des Films und ein detaillierter Finanzierungsplan;

7. eine Übersicht über den technischen Beitrag der beiden Gemeinschaftsproduzenten;
8. ein Terminplan der Herstellung mit Angabe der voraussichtlichen Drehorte für die Herstellung des Films.

Die Behörden können darüber hinaus sonstige für die Beurteilung des Vorhabens notwendigen Unterlagen und Erläuterungen anfordern.

Die Behörde der Vertragspartei mit finanzieller Minderheitsbeteiligung kann ihre Anerkennung erst erteilen, nachdem sie die entsprechende Stellungnahme der Behörde der Vertragspartei mit finanzieller Mehrheitsbeteiligung erhalten hat. Die zuständige Behörde der Vertragspartei des Mehrheitsproduzenten teilt ihren Entscheidungsvorschlag grundsätzlich innerhalb von zwanzig Tagen, gerechnet von der Einreichung der vollständigen Unterlagen, der zuständigen Behörde der Vertragspartei des Minderheitsproduzenten mit. Diese soll ihrerseits ihre Stellungnahme grundsätzlich innerhalb der folgenden zehn Tage übermitteln.

Nachträgliche Änderungen des Gemeinschaftsproduktionsvertrags sind den zuständigen Behörden unverzüglich zur Anerkennung vorzulegen.

Die Anerkennung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden, die sicherstellen, daß die Bestimmungen des Abkommens eingehalten werden.

EXCHANGES OF NOTES — ÉCHANGES DE NOTES

I a

Der Vorsitzende der Delegation
der Republik Österreich

Wien, am 16. Mai 1990

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, auf das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Abkommen über die Beziehungen auf dem Gebiet des Films Bezug zu nehmen und dazu folgende Erklärung abzugeben:

1. Die im Artikel 2 Absatz 3 erwähnte Anerkennung durch die zuständigen Behörden erfolgt in Österreich auf privatrechtlicher Grundlage.
2. Zu den im Artikel 3 definierten Förderungsvoraussetzungen tritt für Förderungswerber im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 erster Satz das Erfordernis, daß es sich um einen befugten gewerblichen Produzenten handeln muß.
3. Im Verfahren auf Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion, wie es in der Anlage zum Abkommen umschrieben ist, werden in Öster-

reich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Fachverband der Audiovisions- und Filmindustrie und die Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe angehört.

4. Die österreichische Seite übernimmt keine Gewährleistung, insbesondere nach Artikel 3.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit diesem Vorschlag bekanntgeben zu wollen. Damit wird dieser Briefwechsel einen integrierenden Bestandteil des Abkommens darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Dr. Herbert Raaber

An den
Vorsitzenden
der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

Wien

II a

Der Vorsitzende der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

Wien, am 16. Mai 1990

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, den Erhalt Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, welches folgenden Wortlaut hat:

[See note I a — Voir note I a]

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis meiner Regierung mit dem Vorstehenden mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Dr. Max Dehmel

An den
Vorsitzenden
der Delegation
der Republik Österreich

Wien

I b

Der Vorsitzende der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

Wien, am 16. Mai 1990

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, auf das heute zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich geschlossene Abkommen über die Beziehungen auf dem Gebiet des Films Bezug zu nehmen und dazu folgende Erklärung abzugeben:

1. Die deutsche Seite übernimmt keine Gewährleistung nach Artikel 3 dafür, daß die deutschen Produzenten, die eine Koproduktion beabsichtigen, über eine gute technische und finanzielle Organisation oder über ausreichende Berufsqualifikation verfügen. In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Voraussetzungen durch das Bundesamt für Wirtschaft nicht geprüft.

2. Die Durchführung des Abkommens steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit diesem Vorschlag bekanntgeben zu wollen. Damit wird dieser Briefwechsel einen integrierenden Bestandteil des Abkommens darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Max Dehmel

An den
Vorsitzenden
der Delegation
der Republik Österreich

Wien

II b

Der Vorsitzende der Delegation
der Republik Österreich

Wien, am 16. Mai 1990

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Erhalt ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, welches folgenden Wortlaut hat:

[See note I b — Voir note I b]

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis meiner Regierung mit dem Vorstehenden mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Herbert Raaber

An den
Vorsitzenden
der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

Wien

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING RELATIONS IN THE FIELD OF FILMS

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Federal Republic of Germany,

Anxious to further develop cooperation between the two States in respect of films,

Anxious to adjust the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Federal Republic of Germany on the regulation of mutual film relations of 27 September 1966² to current circumstances,

Desirous of expanding and promoting the co-production of films capable of enhancing the cinematographic creativity of the two countries,

Wishing also to promote the marketing of co-produced and nationally produced films,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties shall treat co-produced films by producers of the two Contracting Parties in accordance with their respective domestic legislation and the provisions of this Agreement.

Article 2

(1) Films co-produced under this Agreement are considered domestic films.

(2) Co-producers shall receive such subsidies, financial support and other financial advantages as are granted in the territory of a Contracting Party under its legislation.

(3) Co-productions to be covered by this Agreement shall be subject to approval by the competent authorities of the two Contracting Parties, which shall consult with each other before the approval is granted. The competent authority in Austria shall be the Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten and in the Federal Republic of Germany the Bundesamt für Wirtschaft.

(4) The approval shall be subject to availability of the financing required for the co-production.

¹ Came into force on 1 November 1990, i.e., the first day of the second month following the month of the last of the notifications (of 27 August and 21 September 1990) by which the Contracting Parties had informed each other of the completion of the procedures required by their national laws, in accordance with article 15 (1).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1653, No. I-28432.

Article 3

In order to qualify for the benefits of co-production, films must be undertaken by producers with good technical organization, sound financial backing and adequate professional qualifications.

Article 4

Applications for approval of a co-production shall be submitted to the competent authorities of the country concerned in accordance with the implementation procedure annexed to this Agreement. The Annex shall constitute an integral part of this Agreement.

Article 5

The competent authorities of the two Contracting Parties shall inform each other concerning the granting, denial, modification or revocation of approval of a co-production and where necessary of important developments concerning a co-production.

Article 6

(1) Participation in a co-production shall consist of financial, artistic and technical contributions.

In principle, the artistic and technical contributions of each co-producer shall be proportional to its financial participation.

(2) The participation of the minority producer in production costs shall in general be at least 30 per cent.

(3) If production costs are exceptionally high or the film is of special importance to both the Contracting Parties, a minimum financial participation of 20 per cent may be allowed by mutual agreement. In exceptional cases a minimum Austrian financial participation of 10 per cent may be allowed by mutual agreement where a compensatory artistic or technical contribution is anticipated.

(4) To the extent that technical requirements permit, all laboratory and sound work (mixing, synchronization, etc.), shall take place within the area of application of this Agreement. In the case of location shooting in third countries, it may be agreed that the corresponding parts of the negative are to be developed in those countries and copies made of them. Compensatory use of the technical facilities of the Contracting Parties is desirable.

(5) To the extent that requirements permit, laboratory work should be carried out in laboratories situated in the Republic of Austria or the Federal Republic of Germany.

(6) Each of the co-producers shall be a part owner of the original negative (picture and sound). In addition, each co-producer shall be entitled to original negative materials such as duplicate and sound negatives and the like in the German language. The consent of both producers shall be required for the production of original negative materials in languages other than German. An original or synchronized final version of the film shall be produced in German. This version may contain passages of dialogue in another language if the script so requires.

(7) Receipts from all forms of exploitation shall be shared between the co-producers in proportion to their financial participation. Where areas or regions of exploitation are stipulated, their market size and value shall be taken into account.

(8) The co-producers shall regulate world distribution by agreement between them.

(9) A co-produced film shall as a rule be shown in film festivals as an entry of the majority co-producer or of the producer providing the director. The co-production contract may however provide that the film may also be shown as an entry of both producers.

Article 7

(1) Participants in the making of a film must be, as regards the Republic of Austria, Austrian nationals or authorized to reside permanently and to work in the Republic of Austria. As regards the Federal Republic of Germany, they must be German within the meaning of article 116 of the Basic Law or belong to the German cultural sphere and have their permanent residence in the Federal Republic of Germany. Where participants may, under these provisions, belong to both Contracting Parties, the co-producers shall decide on their classification by agreement. Where no agreement is reached, such participants shall be assigned to the Contracting Party of the co-producer to whom they are under contract.

(2) The artistic or technical participation of the German minority producer must consist of at least a script or dialogue writer, an assistant director or other important artistic or technical staff member and performers in a leading role and an important role or two performers in important roles and a performer in a subsidiary role. Where the German minority producer provides the director, one performer in an important role is sufficient.

(3) The artistic or technical participation of the Austrian minority producer shall exist where its share of artistic or organizational authority is in proportion to its financial participation.

(4) The participation of actors or authors who do not fulfil the requirements of paragraph 1 may be permitted, in exceptional cases and if the nature of the film so requires, with the agreement of the competent authorities of both Contracting Parties.

Article 8

Title and trailer credits and advertising material for the co-production shall indicate that the film is a co-production by producers of the two Contracting Parties.

Article 9

(1) The competent authorities shall, within the scope of this Agreement, accept as co-productions films made by producers of the Republic of Austria, the Federal Republic of Germany and other States.

(2) The provisions of article 6, paragraph 1, and article 7 shall apply in respect of co-productions within the meaning of paragraph 1; a 20 per cent participation by the minority producer shall, however, be sufficient. The other provisions of article 6 shall apply as appropriate.

Article 10

The Contracting Parties shall, within the framework of their domestic legislation, facilitate for approved co-productions in particular:

- (a) The entry, temporary residence in and granting of work permits to technical, artistic and commercial personnel of the co-producers,
- (b) The import and export of technical and other film material.

Article 11

Both Contracting Parties shall implement their desire to support to the extent possible the dissemination and exploitation of films of the other Contracting Party.

Article 12

(1) The two Contracting Parties shall give special importance to promoting the marketing of co-produced films and also of national films of the other Contracting Party.

(2) The two Contracting Parties agree that films which are not co-productions but have been made as national films in the other State shall be eligible for promotional loans within the framework of the funds made available for that purpose.

(3) The guidelines governing allocations shall be laid down by each Contracting Party. Regular exchanges of information shall take place between the competent authorities of the two Contracting Parties.

Article 13

(1) A Joint Commission shall be established, consisting of representatives from the Government and film industry professionals of both Contracting Parties to monitor the implementation of this Agreement. This Commission may also propose changes in the Agreement and discuss proposals for promoting cooperation in the field of films.

(2) During the period of validity of this Agreement, the Commission shall as a rule meet every three years, alternately in the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany; it may also be convened at the request of either Contracting Party, particularly in the event of important changes in the regulations applicable to films. In such cases the Commission shall meet within a month.

Article 14

This Agreement shall also apply to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Austria within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 15

(1) This Agreement shall remain in force indefinitely. It shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the Contracting Parties have notified each other of the completion of the procedure required by their national law for giving effect to this Agreement. It may be terminated at any time at the end of three months after written notification at the end of a calendar year.

(2) This Agreement shall also be applicable to co-production contracts concluded after 1 May 1990.

(3) On the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Federal Republic of Germany concerning the regulation of mutual film industry relations signed at Vienna on 27 September 1966 shall cease to be valid.

DONE at Vienna on 16 May 1990, in two copies.

For the Government
of the Republic of Austria:
Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Government
of the Federal Republic of Germany:
DIETRICH GRAF VON BRÜHL

ANNEX TO ARTICLE IV

IMPLEMENTATION PROVISIONS

In order to benefit from the provisions of this Agreement, producers of the Contracting Parties must, no later than 30 days before the beginning of shooting, apply to their respective authorities for approval of a co-production (articles 2 and 4 of the Agreement).

The applications must contain in particular the following identical information:

1. The co-production contract;
2. A detailed script or other manuscript providing an adequate indication of the planned subject and treatment;
3. Lists of the personnel and cast with indications of their functions and roles and the nationality of the participants;
4. An estimate of the cost or possible cost of the rights required for the filming and marketing of the project;
5. The provisions made for the allocation of any additional costs between the two producers. The allocation shall in principle be in proportion to their financial contribution, but the share of the minority producer may be limited to a smaller percentage or a specific amount;
6. An estimate of the probable total cost of production of the film and a detailed financial plan;
7. An indication of the technical contribution of the two co-producers;
8. A production schedule with information on the proposed shooting locations for production of the film.

The authorities may also require the submission of other information and explanations to evaluate the project.

The authorities of the Contracting Party with minority financial participation may grant their approval only after they have been informed of the corresponding decision by the authorities of the Contracting Party with majority financial participation. The competent authorities of the Contracting Party of the majority producer shall in principle announce their decision to the competent authorities of the Contracting Party of the minority producer within 20 days from the receipt of all the information. The latter shall in principle transmit this decision within the next 10 days.

The relevant authorities shall be informed immediately of subsequent amendments to the co-production contract.

The approval may be granted on the basis of conditions and additions in order to ensure compliance with the provisions of the Agreement.

EXCHANGES OF NOTES

I a

CHAIRMAN OF THE DELEGATION OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA

Vienna, 16 May 1990

Sir,

I have the honour to refer to the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Federal Republic of Germany on film relations concluded today and to provide the following clarification:

1. The approval by the competent authorities referred to in article 2, paragraph 3, will take place in Austria on the basis of private law.

2. The prerequisites for support stipulated in article 3 include the requirement with respect to applicants for support within the meaning of the first sentence of article 7, paragraph 1, that the applicant be a qualified professional producer.

3. The procedure for approval of a co-production described in the Annex to the Agreement shall include in Austria consultation by the Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten of the Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Fachverband der Audiovisions- und Filmindustrie and the Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe.

4. The Austrian side assumes no responsibility with respect in particular to article 3.

I request that you inform me of your Government's agreement to this proposal. This exchange of letters will then constitute an integral part of the Agreement.

I have the honour to be, etc.

Dr. HERBERT RAABER

To the Chairman of the Delegation
of the Federal Republic of Germany
Vienna

II a

CHAIRMAN OF THE DELEGATION OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Vienna, 16 May 1990

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today, which reads as follows:

[*See note I a*]

I have the honour to inform you of my Government's agreement to this proposal. I have the honour to be, etc.

Dr. MAX DEHMEL

To the Chairman of the Delegation
of the Republic of Austria
Vienna

I b

CHAIRMAN OF THE DELEGATION OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Vienna, 16 May 1990

Sir,

I have the honour to refer to the Agreement concluded today between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria on film relations and to add the following clarification:

1. The German side assumes no responsibility under article 3 for ensuring that German producers wishing to undertake a co-production have a good technical organization and sound financial backing or adequate professional qualifications. In the Federal Republic of Germany these qualifications are not verified by the Bundesamt für Wirtschaft.

2. Application of the Agreement is subject to the availability of the corresponding budgetary resources.

I have the honour to request that you inform me of your Government's agreement to this proposal. This exchange of letters will then constitute an integral part of the Agreement.

I have the honour to be, etc.

Dr. MAX DEHMEL

To the Chairman of the Delegation
of the Republic of Austria
Vienna

II b

CHAIRMAN OF THE DELEGATION OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA

Vienna, 16 May 1990

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today, which reads as follows:

[*See note I b*]

I have the honour to inform you of the agreement of my Government to the above.

I have the honour to be, etc.

Dr. HERBERT RAABER

To the Chairman of the Delegation
of the Federal Republic of Germany
Vienna

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE SUR LES RELATIONS CINÉMA-
TOGRAPHIQUES

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Soucieux de promouvoir la coopération entre les deux pays dans le domaine cinématographique,

Souhaitant adapter aux conditions actuelles l'Accord du 27 septembre 1966² entre le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur la réglementation des relations cinématographiques mutuelles,

Désireux d'approfondir et de favoriser la coproduction de films qui peut être bénéfique à l'activité cinématographique des deux pays,

Animés chacun de la volonté de favoriser la commercialisation des films produits en coproduction et des films résultant de la production nationale de l'autre,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes traiteront les films réalisés en coproduction par les producteurs des deux pays conformément aux dispositions du présent Accord dans le cadre de la législation en vigueur dans leurs pays respectifs.

Article 2

1) Les films réalisés en coproduction conformément au présent Accord sont considérés comme films nationaux.

2) Les subventions, aides et autres avantages financiers accordés sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes sont octroyés au producteur conformément à la législation de ladite Partie contractante.

3) Les coproductions admises au bénéfice du présent Accord doivent, avant le début du tournage, recevoir l'approbation des autorités compétentes des deux Parties contractantes qui se consultent avant de donner l'approbation. Les autorités compétentes sont, en Autriche, le Ministère fédéral des affaires économiques et, en République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral de l'économie.

4) L'approbation n'est valable que si la coproduction est réalisée de façon correspondante.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1990, soit le premier jour du deuxième mois qui a suivi le mois de la dernière des notifications (des 27 août et 21 septembre 1990) par lesquelles les Parties contractantes s'étaient informées de l'accomplissement des procédures requises par leur législation interne, conformément au paragraphe 1 de l'article 15.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1653, n° I-28432.

Article 3

Pour être admis au bénéfice de la coproduction, les films doivent être réalisés par des producteurs ayant une bonne organisation technique, des moyens financiers suffisants et une expérience professionnelle reconnue.

Article 4

Les demandes d'admission au bénéfice de la coproduction doivent être présentées aux autorités compétentes conformément aux dispositions d'exécution énoncées dans l'annexe au présent Accord. Ladite annexe fait partie intégrante du présent Accord.

Article 5

Les autorités compétentes des deux Parties contractantes se tiennent informées de la délivrance, du refus, de la modification ou du retrait des approbations relatives aux coproductions, ainsi que, le cas échéant, des faits importants pour les coproductions.

Article 6

1) La participation des coproducteurs consiste en apports financiers, artistiques et techniques.

En principe, la participation artistique et technique de chaque coproducteur doit être proportionnelle à son apport financier.

2) La participation du coproducteur minoritaire ne peut pas être inférieure à 30 p. 100 du coût de production du film.

3) Si les coûts de production sont exceptionnellement élevés ou si le film est particulièrement important pour les deux Parties contractantes, une participation financière minoritaire de 20 p. 100 peut être admise d'un commun accord par les deux Parties contractantes. Dans les cas spécialement exceptionnels, la participation financière minoritaire de l'Autriche peut être encore réduite sans toutefois être inférieure à 10 p. 100, à condition qu'une compensation soit prévue au titre de la participation artistique ou technique.

4) En fonction des conditions techniques, les travaux d'établissement de copies et de sonorisation (mixage, synchronisation, etc.) sont effectués à l'intérieur du domaine géographique d'application du présent Accord. En cas de prises de vue en extérieur dans des pays tiers, il peut être convenu que les parties correspondantes du négatif seront développées dans lesdits pays et que des épreuves en seront tirées. Un équilibrage de l'utilisation des moyens techniques des Parties contractantes doit être recherché.

5) Pour autant que les conditions le permettent, les prises de vue en studio seront effectuées dans des studios situés en République d'Autriche ou en République fédérale d'Allemagne.

6) Chacun des coproducteurs est copropriétaire du négatif original (image et son). En outre, chaque coproducteur a des droits sur tous les contretypes, négatifs son et autres types de copie établis en langue allemande. L'établissement de tous les types de copies dans d'autres langues que la langue allemande est subordonné à l'accord des deux coproducteurs. Une version originale ou synchronisée de la ver-

sion définitive est établie en langue allemande. Cette version peut comporter des dialogues dans d'autres langues si le scénario l'exige.

7) Le produit de tous les modes d'exploitation est réparti entre les coproducteurs au prorata de leur participation financière. En cas de limitation des domaines d'exploitation, géographiques ou autres, il convient de tenir compte de la taille des marchés et de la valeur.

8) Les coproducteurs arrêtent d'un commun accord les modalités d'exploitation mondiale.

9) Dans les festivals, les films produits en coproduction sont en règle générale présentés en tant que production du producteur majoritaire ou du producteur qui a fourni le metteur en scène. Le contrat de coproduction peut toutefois stipuler que le film est présenté aussi en tant que production des deux producteurs.

Article 7

1) Les personnes employées à la production du film doivent, en ce qui concerne la République d'Autriche, posséder la nationalité autrichienne ou avoir droit à un visa de séjour de durée illimitée en République d'Autriche et posséder une autorisation de travail en République d'Autriche. En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, elles doivent être de nationalité allemande au sens de l'article 116 de la loi fondamentale ou appartenir au domaine allemand d'expression culturelle et avoir leur domicile permanent en République fédérale d'Allemagne. Les coproducteurs décident d'un commun accord de la catégorie dans laquelle doivent être rangées les personnes qui répondent aux conditions à la fois de l'une et de l'autre Partie contractante. S'ils n'y parviennent pas, les intéressés sont considérés comme faisant partie du personnel du producteur avec lequel elles sont liées par contrat.

2) La participation artistique ou technique du coproducteur allemand dont l'apport financier est minoritaire doit comprendre au moins un scénariste ou dialoguiste, un assistant réalisateur ou tout autre membre important de l'équipe sur le plan artistique ou technique, ainsi qu'un interprète d'un rôle principal et un interprète d'un rôle important ou, à défaut, deux interprètes de rôles importants et un interprète de rôle secondaire. Si le coproducteur minoritaire allemand fournit le metteur en scène, la fourniture d'un interprète de rôle important suffit.

3) La participation artistique ou technique du producteur minoritaire autrichien est assurée lorsque la proportion de responsables artistiques ou administratifs correspond à l'apport financier.

4) A titre exceptionnel, et compte tenu des exigences du film, la participation d'interprètes ou d'auteurs qui ne satisfont pas aux dispositions du paragraphe 1 du présent article peut être admise sous réserve de l'accord des autorités compétentes des Parties contractantes.

Article 8

Les génériques et les bandes annonces des films réalisés en coproduction aux termes du présent Accord doivent faire mention de la coproduction entre les deux pays.

Article 9

1) Dans le cadre du présent Accord, les autorités compétentes des deux pays admettent comme coproduction les films coproduits par des producteurs de la République d'Autriche, de la République fédérale d'Allemagne et de pays tiers.

2) Les dispositions énoncées au paragraphe 1 de l'article 6 et à l'article 7 du présent Accord s'appliquent aux coproductions conformément au paragraphe 1 du présent article; une participation de 20 p. 100 du coproducteur minoritaire est toutefois suffisante. Les autres dispositions de l'article 6 du présent Accord s'appliquent *mutatis mutandis*.

Article 10

Conformément aux dispositions applicables de son droit interne, chacune des Parties contractantes facilite, pour les coproductions reconnues :

a) L'entrée et le séjour temporaire sur son territoire du personnel technique, artistique et commercial des coproducteurs, ainsi que la délivrance des permis de travail audit personnel;

b) L'importation et l'exportation de matériel de tournage de nature technique ou autre.

Article 11

Chacune des Parties contractantes affirme sa volonté de promouvoir autant que possible la distribution et l'exploitation des films de l'autre Partie dans son propre pays.

Article 12

1) Chacune des deux Parties contractantes accorde une importance particulière à la promotion de la commercialisation des films produits en coproduction, ainsi que des films produits par l'autre Partie contractante.

2) Les deux Parties contractantes conviennent que, sous réserve de réciprocité, les films qui ne sont pas des coproductions mais qui sont produits en tant que films nationaux dans l'un des pays peuvent bénéficier dans l'autre pays de subventions à la distribution dans le cadre des ressources budgétaires prévues à cette fin.

3) Les conditions d'octroi de subventions sont définies par chaque Partie contractante. Des informations sont régulièrement échangées entre les services compétents des deux Parties contractantes.

Article 13

1) Une commission mixte, composée de représentants du Gouvernement et des milieux spécialisés compétents de chacun des deux pays, est créée pour surveiller et faciliter l'application du présent Accord. Cette commission mixte peut aussi proposer des modifications au présent Accord ainsi que des mesures favorables à la coopération dans le domaine cinématographique.

2) Pendant la durée de validité du présent Accord, la Commission mixte se réunit en principe tous les trois ans, alternativement en République d'Autriche et en République fédérale d'Allemagne. Elle peut en outre être convoquée à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes, notamment en cas de modification

importante de la réglementation dans le domaine cinématographique. Dans ce cas, la Commission mixte se réunit dans un délai d'un mois.

Article 14

Le présent Accord s'applique également au *Land Berlin* sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République d'Autriche dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 15

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois après celui au cours duquel les deux Parties contractantes se seront notifiées que les conditions d'entrée en vigueur prévues par leur droit interne ont été remplies. Le présent Accord pourra être dénoncé à la fin de chaque année civile par notification écrite avec préavis de trois mois.

2) Le présent Accord s'applique aux contrats de coproduction conclus après le 1^{er} mai 1990.

3) L'Accord conclu le 27 septembre 1966 à Vienne entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la réglementation des relations amicales dans le domaine cinématographique cessera d'avoir effet lors de l'entrée en vigueur du présent Accord.

FAIT à Vienne, le 16 mai 1990, en deux exemplaires.

Pour le Gouvernement
de la République d'Autriche :
WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :
DIETRICH GRAF VON BRÜHL

ANNEXE À L'ARTICLE IV

RÈGLES D'APPLICATION

Pour être admis au bénéfice des dispositions de l'Accord, les producteurs des deux Parties contractantes doivent présenter la demande d'autorisation de coproduction visée à l'article 2 et à l'article 4 de l'Accord, à leurs autorités compétentes respectives, au moins trente jours avant le début du tournage.

Les justificatifs ci-après, qui doivent concorder entre eux, doivent être joints entre autres à la demande :

1. Contrat de coproduction;
2. Scénario détaillé ou autre manuscrit donnant suffisamment de renseignements sur le contenu du film et sur sa présentation;
3. Liste du personnel technique et artistique précisant l'activité, le rôle et la nationalité de chaque participant;
4. Attestation d'acquisition ou d'option sur l'acquisition des droits nécessaires pour le filmage et l'exploitation du projet visé;
5. Modalités de participation des deux producteurs aux dépassements éventuels des coûts. Cette participation est calculée en principe en fonction de l'apport financier de chaque coproducteur mais la participation du coproducteur minoritaire peut être limitée à un pourcentage moindre ou à un montant déterminé;
6. Calcul du coût total probable de la production du film et plan détaillé du financement;
7. Description d'ensemble de la participation technique des deux coproducteurs;
8. Calendrier de production du film, indiquant les lieux de tournage probables.

En outre, les autorités peuvent demander que leurs soient fournis d'autres justificatifs et explications nécessaires à l'appréciation du projet.

Les autorités de la Partie contractante dont relève le coproducteur minoritaire peuvent ne donner leur accord qu'après que les autorités de la Partie contractante dont relève le coproducteur majoritaire ont donné le leur. En principe, les autorités compétentes de la Partie contractante dont relève le producteur majoritaire indiquent, aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante, la décision qu'elles ont l'intention de donner, dans un délai de vingt jours à compter de la date à laquelle la demande d'autorisation a été soumise. Les autorités compétentes de l'autre Partie contractante se prononcent en règle générale dans les 10 jours suivants.

Les modifications apportées ultérieurement aux contrats de coproduction doivent être portées immédiatement à la connaissance des autorités compétentes.

L'approbation peut être subordonnée à des conditions et à la présentation de justificatifs attestant que les dispositions de l'Accord sont respectées.

ÉCHANGES DE NOTES

I a

LE PRÉSIDENT DE LA DÉLÉGATION DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE

Vienne, le 16 mai 1990

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord conclu ce jour entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur les relations cinématographiques et, à ce sujet, de déclarer ce qui suit :

1. L'approbation des autorités compétentes visée au paragraphe 3 de l'article 2 de l'Accord est, en Autriche, une approbation de droit privé.

2. Les demandeurs d'autorisation visés à la première phrase du paragraphe 1 de l'article 7 doivent, pour répondre aux conditions énoncées à l'article 3, être employées par des producteurs dûment autorisés à exercer leur activité.

3. En vue de la délivrance de l'approbation à laquelle sont subordonnées les coproductions conformément aux règles énoncées dans l'annexe à l'Accord, en Autriche, le Ministère fédéral de l'économie tient compte de l'avis de la Chambre fédérale de l'artisanat, de l'Association des professionnels de l'audiovision et de l'industrie cinématographique ainsi que du Syndicat des professions artistiques, des professionnels des médias et des professions indépendantes.

4. La Partie autrichienne n'assume aucune garantie, en particulier en ce qui concerne l'article 3.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me communiquer l'agrément de votre Gouvernement aux propositions énoncées ci-dessus. Une fois reçue votre réponse de confirmation, votre réponse et la présente lettre feront partie intégrante de l'Accord entre nos deux Gouvernements.

Veuillez agréer, etc.

HERBERT RAABER

Monsieur le Président de la délégation
de la République fédérale d'Allemagne
Vienne

II a

LE PRÉSIDENT DE LA DÉLÉGATION
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Vienne, le 16 mai 1990

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour dont le texte est le suivant :

[*Voir note I a*]

Je vous confirme que le texte de votre lettre rencontre l'agrément de mon Gouvernement.

Veillez agréer, etc.

MAX DEHMEL

Monsieur le Président de la délégation
de la République d'Autriche
Vienne

I b

LE PRÉSIDENT DE LA DÉLÉGATION
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Vienne, le 16 mai 1990

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord conclu ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche sur les relations cinématographiques et de déclarer ce qui suit :

1. La Partie allemande ne garantit en rien, au sujet de l'article 3 de l'Accord, que les producteurs allemands qui ont l'intention de réaliser un film en coproduction disposent d'une organisation technique et financière satisfaisante ou possèdent suffisamment de qualifications professionnelles. En République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral de l'économie ne s'assure pas de l'existence de ces conditions.

2. L'exécution de l'Accord est subordonnée à la fourniture de moyens financiers suffisants.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que la présente proposition rencontre l'agrément de votre Gouvernement. La présente lettre et votre réponse feront alors partie intégrante de l'Accord.

Veuillez agréer, etc.

MAX DEHMEL

Monsieur le Président de la délégation
de la République d'Autriche
Vienne

II b

LE PRÉSIDENT DE LA DÉLÉGATION DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE

Vienne, le 16 mai 1990

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour dont le texte est le suivant :

[Voir note I b]

Je vous confirme que le texte de votre lettre rencontre l'agrément de mon Gouvernement.

Veillez agréer, etc.

HERBERT RAABER

Monsieur le Président de la délégation
de la République fédérale d'Allemagne
Vienne
